

E-Mail-Newsletter

Nr. 188, 18. Dezember 2014

Liebe Mitglieder, FörderInnen und Interessierte!

Die Flüchtlingspolitik ist und bleibt ein heißes Eisen. Während es an der einen Stelle einen Schritt vorwärts geht, geht es an der anderen einen Schritt zurück. Zustimmung zum „Sichere Herkunftsstaaten“-Gesetz hier, Erleichterung des Zugangs zum Arbeitsmarkt dort. Durchwinken des Asylbewerberleistungsgesetzes hier, mehr Geld für die Aufnahme und Unterbringung dort. Neues Bleiberechtsgesetz für Langzeitgeduldete hier, Zustimmung zur Verschärfung des Aufenthaltsrechts dort. Dublin-Verfahren hier, Aufnahme von verfolgten Frauen dort. Kommunales Wohnbauprogramm hier, Änderung des Baurechts zur Unterbringung in Gewerbegebieten da. Willkommenskultur hier, mehr Abschiebungen und neue Abschiebehaft dort.

Die Landesregierung zog kurz vor Weihnachten eine positive Bilanz ihrer Politik. Nach unserer Einschätzung ist sie durchgewachsen. Auf der positiven Seite ist u.a. zu verbuchen: Die Landesregierung wird sowohl den Flüchtlingsrat als auch die psychosozialen Zentren für Traumatisierte und Folteropfer in den kommenden beiden Jahren mit mehr Geld als bisher fördern. Dafür bedanken wir uns. Wir werden diese Gelder praktisch und produktiv einsetzen: Mit einer personellen Verstärkung unserer Geschäftsstelle planen wir eine Ausweitung unseres Angebots an Beratung, Information, Fortbildungen und Vernetzung für in der Flüchtlingsarbeit engagierte Menschen. Wir wollen uns verstärkt mit Projekten und praktischem Engagement für eine gute Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge einsetzen und all diejenigen unterstützen, die sich mit uns zusammen überall im „Ländle“ für die Rechte von Flüchtlingen engagieren.

Für die Weihnachtszeit wünschen wir Ihnen allen eine geruhige und feierliche Weihnachtszeit und alles Gute für das neue Jahr!

Vorstand und Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

Hinweis: Wenn Sie am Ende der jeweiligen Beiträge auf „**Weiterlesen...**“ klicken, gelangen sie zur ausführlichen Darstellung auf unserer Homepage und finden dort auch zahlreiche weitere Dokumente und Medienberichte.

1. BADEN-WÜRTTEMBERG

Neues aus Baden-Württemberg / Berichte aus den Regionen / Pressedoku...

Landesregierung zieht positive Bilanz ihrer Flüchtlingspolitik

Zwei Monate nach dem Flüchtlingsgipfel am 13. Oktober zogen Ministerpräsident Kretschmann und Integrationsministerin Öney in einer Regierungspressekonferenz eine positive Bilanz der seitdem auf den Weg gebrachten Maßnahmen. Neben der Erweiterung der Erstaufnahmeplätze und -einrichtungen wurden vor allem das Sonderwohnbauprogramm für die Anschlussunterbringung und die Erfolge auf Bundesebene mit dem Ziel der Entlastung der Kommunen hervorgehoben. Ausdrücklich erwähnt wurde auch die Aufstockung der Förderung für den Flüchtlingsrat und die psychosozialen Zentren. Der Flüchtlingsrat begrüßt die Anstrengungen der Landesregierung, sieht einiges an der Politik des Landes aber kritisch: „Asylkompromiss“ zu Lasten der Roma, verschärfte Abschiebungen, Änderung der Baunutzungsverordnung zur Erleichterung der Unterbringung in Gewerbegebieten, Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes zur Verteilung von unbegleiteten Minderjährigen nach dem "Gießkannenprinzip", Zustimmung zum Asylbewerberleistungsgesetz... [Weiterlesen ...](#)

Arbeitsagentur und Handwerkskammertag zeigen sich offen für Flüchtlinge

Aufenthaltserlaubnisse für Flüchtlinge gefordert, die in Ausbildung oder Arbeit sind

In einem Interview mit den Stuttgarter Nachrichten kündigten Raimund Becker, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit (BA) und Christian Rauch, Leiter der Regionaldirektion in Baden-Württemberg, ein Förderprogramm für Flüchtlinge an: *"In Baden-Württemberg werden wir im kommenden Jahr ein Grundangebot für Flüchtlinge anbieten. Dieses sieht vor, dass wir bei allen Flüchtlingen, die uns aufgrund ihrer Bleiberechtsperspektive von den Ausländerbehörden vorgeschlagen werden, prüfen, wie nah sie mit ihren Qualifikationen am Arbeitsmarkt sind und welche Sprach- und Qualifizierungskurse anstehen."* Auch der Handwerkskammertag verwies in einer Zumeldung zur Pressekonferenz der Landesregierung vom 16.12. auf *"einen Arbeitsmarkt mit vielen offenen Lehrstellen und hoher Nachfrage nach Fachkräften"*, Landeshandwerkspräsident Joachim Möhrle forderte indirekt Aufenthaltserlaubnisse für Flüchtlinge, wenn sie in Ausbildung oder Arbeit sind: *"Wer seinen Leistungswillen unter Beweis gestellt hat, soll im Land bleiben dürfen"*.

- 04.12.2014 Stuttgarter Nachrichten: [„Das Geld für Sprachkurse reicht nicht“](#)

- 16.12.2014 Handwerkskammertag Baden-Württemberg: [Flüchtlinge treffen auf offene Türen im Handwerk](#)

Aufnahme schutzbedürftiger Frauen aus Syrien und Irak verzögert sich

Das von der Landesregierung beim Flüchtlingsgipfel im Oktober angekündigte Aufnahmeprogramm für von der Terrormiliz IS verfolgte und misshandelte Frauen verzögert sich. Die Aufnahme von bis zu 1.000 Frauen, insbesondere der yezidischen Minderheit im Nordirak, wird nicht, wie zunächst anvisiert, vor Einbruch des Winters erfolgen können. Ein kritischer Artikel der Kontext Wochenzeitung unterstellte der Landesregierung *"mehr PR als eine durchdachte Idee"*. Gegen diesen Vorwurf wehrten sich Ministerpräsident Kretschmann und Integrationsministerin Öney. Der Grund für die Verzögerung liege in der Abstimmung mit dem Bundesinnenministerium und den komplexen Visabestimmungen. Nach Informationen von Kontext kann das deutsche Generalkonsulat in Erbil maximal 5 Visaanträge pro Tag bearbeiten. Für 150 Frauen sind allerdings bereits Visa ausgestellt. Stuttgart, Freiburg und Schwäbisch Gmünd haben sich von sich aus bereit erklärt, Frauen aus diesem Kontingent lokal aufzunehmen. [Weiterlesen ...](#)

Sammelabschiebung in Kälte und Elend

Zur ersten winterlichen Sammelabschiebung nach dem "Asylkompromiss" kam es am 9. Dezember vom "Baden-Airpark" (Kreis Rastatt) aus. Mit zwei Maschinen einer bulgarischen Fluggesellschaft wurden insgesamt 83 abgelehnte Asylsuchende nach Belgrad und Skopje ausgeflogen. Unter den Abgeschobenen befanden sich lediglich 26 Personen aus Baden-Württemberg. Angekündigt waren über 80 Abzuschiebende aus dem "Musterlände der Flüchtlingspolitik". Bereits am 6. Dezember demonstrierten knapp 1.000 Menschen in Freiburg gegen die Abschiebepolitik der grün-roten Landesregierung und für einen Winterabschiebestopp. [Weiterlesen ...](#)

Baden-Württemberg: "Humane Abschiebepaxis" statt Winterabschiebestopp

Nur Schleswig-Holstein und Thüringen setzen Abschiebungen über den Winter aus

Nach Informationen von Landespolitiker/innen soll es zwar bis in den März hinein keine weiteren Sammelabschiebungen aus Baden-Württemberg mehr geben, allerdings auch keine wie auch immer geartete Aussetzung von Abschiebungen über die Winterzeit. Schleswig-Holstein und Thüringen haben Erlasse herausgegeben, durch die Abschiebungen in folgende Staaten über den Winter ausgesetzt werden: Afghanistan, Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien-Herzegowina, Irak, Iran, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Pakistan, Russische Föderation, Serbien, Türkei, Ukraine. Baden-Württemberg will sich dieser humanitären Initiative nicht anschließen. Laut Innenminister Gall betreibe das Land sowieso eine "humane Abschiebepaxis". Diese erfolge in Form von, nicht näher bekannten, Einzelfallprüfungen. [Weiterlesen ...](#)

Land plant neue Abschiebehaftanstalt

Es war nur eine Frage der Zeit, wann auch Baden-Württemberg auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Juli 2014 reagiert. Dieser hatte entschieden, dass die Abschiebehaft nicht in demselben Gebäude wie die Strafhaft erfolgen darf. Das Land musste daraufhin die Abschiebehaftanstalt auf dem Gelände der JVA Mannheim aufgeben. Nach Informationen der BNN plant das Landesinnenministerium in Kooperation mit Hessen jetzt die Einrichtung einer neuen Abschiebehaftanstalt. Die zwischenzeitliche Zusammenarbeit mit dem rot-grün regierten Rheinland-Pfalz sei offenbar schief gegangen. Dieses Vorhaben passt zu den geplanten Verschärfungen des Aufenthaltsrechts, das auch einen neuen bis zu viertägigen Ausreisegewahrsam für abgelehnte Asylsuchende vorsieht. Die vielfach beschworene und praktizierte Willkommenskultur droht gegen die Wand zu fahren, wenn gleichzeitig eine Abschiebepolitik forciert wird.- 11.12.2014 Badische Neueste Nachrichten: ["Land plant neue Abschiebehaft. Kooperation mit Einrichtung in](#)

Rheinland-Pfalz war problematisch"

Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit erhielt Bundesverdienstkreuz

Ingrid Bohsung engagiert sich seit 25 Jahren in Stuttgart für Asylsuchende, zunächst im Rahmen des Arbeitskreises Asyl, nach dessen Auflösung im Jahr 2009 in Eigenregie. Dafür wurde ihr von Ministerpräsident Kretschmann das Bundesverdienstkreuz verliehen. Frau Bohsung ist auch aktives Mitglied im Flüchtlingsrat BW. 15.12.2014 Stuttgarter Zeitung: "[Ehrung durch Winfried Kretschmann - Ingrid Bohsung erhält das Bundesverdienstkreuz](#)"

Staatsrätin für bürgerschaftliches Engagement fördert ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit

Die für das bürgerschaftliche Engagement zuständige Staatsrätin Gisela Erler (Grüne) möchte Maßnahmen voranbringen, die das ehrenamtliche Engagement für Flüchtlinge stärken. Geplant sind ein regelmäßiger Newsletter auf dem Informationsportal der Landesregierung, ein Handlungsleitfaden für das Engagement für Flüchtlinge, ein landesweites "Forum für Flüchtlinge" und die Förderung lokaler Netzwerke. [Weiterlesen ...](#)

25 Jahre UN-Kinderrechtskonvention: Kinderrechte für UMF umsetzen

Anlässlich des 25. Jahrestages der UN-Kinderrechtskonvention schlossen sich der Paritätische Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg, der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, der Deutsche Kinderschutzbund Baden-Württemberg, und die AGDW e.V. Stuttgart zu einem Bündnis zusammen, um initiativ für die Verbesserung der Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (UMF) im Land einzutreten und Lösungskonzepte anzubieten. Bei einer Landespressekonferenz stellten sie ihre zentralen Forderungen vor: 1. Gleichstellung der unbegleiteten minderjährigen Kinder mit allen Kindern. 2. Aufenthaltserlaubnis für UMF bis zur Beendigung der Schule, Aus- und Weiterbildung 3. Das Land muss Kreisen mehr Mittel zur Verfügung stellen und soll UMF nicht nach dem "Gießkannenprinzip" verteilen. [Weiterlesen ...](#)

Steigende Zahl an Teilnehmer/innen in Fortbildungen für freiwillig Engagierte in der Flüchtlingsarbeit

Im Rahmen des [BIQ-Projekts](#) haben an den Fortbildungen des Flüchtlingsrats im Jahr 2014 ca. 270 Menschen teilgenommen. Neben der modularen Fortbildung "Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg" waren vor allem die eintägige Veranstaltung "Einführung in das Asylrecht und die Beratung von Flüchtlingen" stark nachgefragt. Im zweiten Halbjahr 2014 wurden solche Fortbildungen in Nagold, Freudenstadt, Metzingen, Fellbach, Mosbach und Rastatt durchgeführt. Das im Europäischen Flüchtlingsfonds geförderte Projekt BIQ läuft Ende 2014 aus. Die Fortbildungen werden aber weiterhin angeboten und ausgebaut. Die Beschreibung des Angebots finden Sie [hier](#).

In aller Kürze:

- 20.10.2014 **Lange Wartezeiten bei den psychosozialen Zentren für Flüchtlinge:** Nach einem Bericht der Stuttgarter Zeitung arbeiten die Psychologische Beratungsstelle für Flüchtlinge (PBV) Stuttgart und Refugio Stuttgart "am Anschlag". Während die Wartezeit auf einen Therapieplatz im letzten Jahr noch ca. vier Monate war, ist sie jetzt über neun Monate. Die PBV betreut aktuell über 400 Menschen, Refugio ca. 200.

Stuttgarter Zeitung: "[Traumatherapie in Stuttgart Flüchtlinge müssen warten.](#)"

- 22.10.2014 **Die Stiftung "Heimat geben" in Oggelsbeuren hat syrische Flüchtlinge aufgenommen.**

Südwest Presse: *Auf nach Deutschland. In Homs beschossen, in Kairo verfolgt. Die lange Flucht einer syrischen Familie*

- 23.10.2014 **Zuschuss für den Arbeitskreis Asyl in Heidelberg erhöht:** Rhein-Neckar-Zeitung: "[Heidelberg genehmigt mehr Geld für die Flüchtlingsbetreuung](#)"

- 29.10.2014 **Landesaufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge:** Gefahr der Privatinsolvenz: 29.10.2014 Kontext Wochenzeitung: "[Helfen bis zum Ruin](#) "

- 10.11.2014 **Freudenstadt will keine Flüchtlinge in einem ehemaligen Hotel** Wenn es nach den Besitzern geht, soll aus dem derzeit leerstehenden Hotel Birkenhof in Freudenstadt eine Flüchtlingsunterkunft werden. Doch die Stadt will das Gebiet an der Wildbader Straße als Hotelstandort sichern. [Weiterlesen ...](#)

- 17.11.2014 **Der Arbeitskreis Asyl Weinheim** erhielt Mitte November den "Rolf-Engelbrecht-Preis" für seinen Einsatz für Flüchtlinge aus aller Welt. 17.11.2014 Rhein-Neckar-Zeitung: "[Weinheim: Arbeitskreis erhielt Preis](#)"

- **Grüne: Parteiinterner Dissens zur Flüchtlingspolitik unter den Teppich gekehrt.** Die Grünen haben sich wieder lieb. Wie schon beim Landesparteitag der Grünen in Tuttlingen stellte sich auch der grüne Bundestag in Hamburg hinter den flüchtlingspolitischen Kurs des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kretschmann. Einzig die grüne Jugend hielt das Fähnlein des Protests hoch. Auf diesem stand: "Grundrechte sind keine Verhandlungsmasse" 24.11.2014 Südwestpresse: [„Grünen-Parteitag diskutiert über Asylpolitik - und verzeiht Winfried Kretschmann“](#)
- 27.11.2014 Informationsveranstaltung: Geplante LEA in Tübingen: 27.11.2014 Südwestpresse: *„Viele fliehen im Herbst. Landesflüchtlingsrat will Erstaufnahme von Asylsuchenden möglichst dezentral“*
- 27.11.2014 **Positionspapier des Landesfamilienrats Baden-Württemberg:** Flüchtlingsfamilien von Anfang an umfassend unterstützen. [Weiterlesen ...](#)
- Auch der [Landesfrauenrat](#) mischt sich seit kurzem in die Flüchtlingspolitik ein. In einem Brief an den Flüchtlingsrat bekundete das frauenpolitische Netzwerk Unterstützung für die Forderungen, die der Flüchtlingsrat anlässlich des Flüchtlingsgipfels am 13. Oktober erhob, forderte den Flüchtlingsrat aber gleichzeitig auf, sich sichtbarer und umfangreicher für die spezifische Zielgruppe der Mädchen und Frauen unter den Flüchtlingen einzusetzen. 21.11.2014 Landesfrauenrat: [Willkommenskultur für weibliche Flüchtlinge in Baden-Württemberg entwickeln.](#)
- 29.11.2014 Buckenweiler (Landkreis Schwäbisch Hall): **123 Einwohner, davon 57 Flüchtlinge.** 29.11.2014 Südwestpresse: ["Willkommen in einer fremden Welt"](#)
- **LEA Meßstetten offiziell eröffnet.** Am 22. November wurde die Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) in Meßstetten (Zollernalbkreis) offiziell von Integrationsministerin Bilkay Öney und dem Präsidenten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt, eröffnet. [Weiterlesen ...](#)
- 03.12.2014 **Kurzer Prozess gegen mazedonischen Rom am Verwaltungsgericht Stuttgart** Wenige Tage später wird Herr L. bei einem Baseballschläger-Angriff schwer verletzt. 02.12.2014 [Sichere Herkunftsländer? Offener Brief an Ministerpräsident Kretschmann zum Verwaltungsgerichtsverfahren gegen Herrn L. \(PDF\)](#)
- 04.12.2014 **Weihnachtsrundbrief des Behandlungszentrum für Folteropfer Ulm.** Die fünf psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer in Baden-Württemberg werden zukünftig eine höhere Förderung erhalten. Das BFU berichtet in diesem Rundbrief über die bisherige Arbeit und die kommenden Vorhaben, u.a. für traumatisierte Flüchtlingskinder.
- 05.12.2014 **Katholische Kirche erweitert Hilfe für Flüchtlinge.** Pressemitteilung Erzbistum Freiburg: ["Erzdiözese und Caritas stärken Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit"](#)
- Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (MFW) hat das auf dem Flüchtlingsgipfel am 13. Oktober 2014 angekündigte **Landesförderprogramm "Wohnraum für Flüchtlinge"** ausgearbeitet. Die Konditionen, unter denen Kommunen Förderanträge stellen können, ergeben sich aus folgendem Dokument: 09.12.2014 Ministerium für Finanzen und Wirtschaft BW: [Förderprogramm "Wohnraum für Flüchtlinge" \(PDF\)](#)
- 11.12.2014 baden-wuerttemberg.de: [Land stellt 250.000 Euro für Kulturprojekte zur Integration und Partizipation von Flüchtlingen bereit.](#)
- 11.12.2014 **Freiburg will LEA, aber keine weitere Unterbringung:** 11.12.2014 Badische Zeitung: [„Stadt Freiburg soll mit dem Land Baden-Württemberg über eine Landeserstaufnahmestelle \(LEA\) verhandeln.“](#)
- 12.12.2014 **Kreis Tübingen: Abschiebung von "gut integrierter" Familie aus dem Kosovo (vorläufig) verhindert**
- 17.12.2014 **Feuerbach: Anwohnerwiderstand endgültig gescheitert:** Stuttgarter Zeitung: *"Flüchtlingsheim in Stuttgart-Feuerbach. Proteste der Anwohner finden kein Gehör."*

2. THEMEN & INFORMATIONEN

Informationen zur Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü / BRD / EU...

Schriftliches Asylverfahren bei irakischen und syrischen Flüchtlingen

Bei Asylantragsteller/innen aus Syrien sowie Christen, Mandäern und Yeziden aus dem Irak hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vor Kurzem ein schriftliches Asylverfahren eingeführt. Wer den aus 12 Fragen bestehenden Bogen schriftlich ausfüllt, kann mit einer beschleunigten Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft rechnen. Wer ihn nicht ausfüllt, bekommt einen mündlichen Anhörungstermin bzw. muss ggf. lange darauf warten.

[Weiterlesen ...](#)

Schon wieder ein Asylkompromiss

Bundesregierung kauft Ländern die Zustimmung zum Asylbewerberleistungsgesetz für 1 Milliarde Euro ab

Jeweils 500 Millionen Euro wird die Bundesregierung den Ländern und Kommunen für die dringend nötige bessere Finanzierung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen in den Jahren 2015 und 2016 zur Verfügung stellen. Um diese zusätzlichen Mittel erhalten zu können, ließen sich die von SPD und Grünen (mit-)regierten Bundesländer die Zustimmung zur Novelle des Asylbewerberleistungsgesetzes abkaufen. Am 28. November stimmte der Bundesrat dem von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf zu. Damit ist auch die von Grünen und SPD geforderte Abschaffung dieses Sondergesetzes vom Tisch. Es bleiben: Eingeschränkte medizinische Leistungen, Grundleistungen unter dem Existenzminimum, Leistungskürzungen als Sanktionsinstrument. Selbst der im Kretschmann-Asylkompromiss verhandelte Vorrang von Geldleistungen wurde im Gesetzentwurf durch eine Klausel wieder relativiert. Das Gesetz, das die Grundleistungen entsprechend dem Urteil des BVerfG anhebt und von D-Mark auf Euro umstellt, wird voraussichtlich ab März 2015 rechtskräftig sein.

[Weiterlesen ...](#)

Gesundheit für alle! Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen! Kampagne der Medibüros, Medinetze und medizinischen Flüchtlingshilfen zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes – November 2014

Massive Verschärfung des Asyl- und Aufenthaltsrechts

Gesetzentwurf der Bundesregierung "zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung"

Die Bundesregierung knüpft die lang erwartete Einführung der neuen gesetzlichen Bleiberechtsregelung (§ 25b AufenthG) für Langzeitgeduldete, für die es bereits seit März 2012 eine Vorlage des Bundesrats ([BR-Drucksache 505/12](#)) gibt, an eine massive Verschärfung der Einreisebestimmungen und der Möglichkeit der Inhaftierung von Flüchtlingen zum Zweck der Abschiebung. Am 3.12. wurde der nochmals geänderte Gesetzentwurf im Bundeskabinett beraten. Die geplanten Änderungen des Aufenthaltsgesetzes (vgl. § 11, Abs. 6 und 7 des Entwurfs) sehen die Verhängung von verschärften Einreise- und Aufenthaltsverboten gegen Personen mit Duldungsstatus vor. Dies läuft darauf hinaus, dass diese Menschen in der Kettenduldung verbleiben und somit das Bleiberechtsgesetz unterlaufen und nur für eine geringe Anzahl von Personen aussichtsreich wird. Der Gesetzentwurf kommt ab Februar in den parlamentarischen Beratungsprozess, die Verabschiedung ist für Juni vorgesehen.

03.12.2014 [Entwurf eines Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung \(PDF\)](#)

[Weiterlesen ...](#)

Zunahme rassistischer Mobilisierungen und Delikte gegen Flüchtlinge

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der LINKEN (BT-Drs. 18/3376) ergibt, dass allein im 3. Quartal 2014 37 von den Behörden registrierte strafbare rassistische Delikte gegen Flüchtlinge oder Flüchtlingsunterkünfte zu verzeichnen sind, davon 5 in Baden-Württemberg (Abtsgmünd, Baden-Baden, Mengen, Heidenheim, Künzelsau). Hinzu kommt eine NPD-Demo gegen eine Flüchtlingsunterkunft Ende September in Waibstadt (Rhein-Neckar-Kreis). Die islamophobe und rechtspopulistische Bewegung PEGIDA entstand ebenfalls aus einem Protest gegen eine Asylunterkunft in Dresden. Der Brandanschlag auf die noch nicht bezogene Asylunterkunft im bayerischen Vorrä läßt Böses ahnen. Auch an den LEA-Standorten Meßstetten und Ellwangen formieren sich derzeit Allianzen aus Neonazis und "besorgten Bürgern" zum rassistischen Protest. [Weiterlesen ...](#)

Europäischer Menschenrechtsgerichtshof stoppt Überstellung nach Italien

Die große Kammer des EGMR hat am 4. November entschieden, dass die Rücküberstellung einer afghanischen Familie mit sechs Kindern nach Italien im Rahmen der Dublin-Verordnung ein Verstoß gegen Art. 3 EMRK sei. Insbesondere wurde die Verletzung darin gesehen, dass vor der Rücküberstellung durch die Schweiz keine individuelle Garantie von den italienischen Behörden eingeholt wurde, dass die achtköpfige Familie in einer Art und Weise in Empfang genommen werde, die dem Alter und Bedürfnissen der Kinder gerecht wird und dafür sorgt, dass die Familie zusammen bleiben kann. Dänemark hat daraufhin die Rücküberstellung von Familien mit minderjährigen Kindern nach Italien ausgesetzt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erließ am 7.11. eine vorläufige Weisung, dass Dublin-Verfahren bei Familien mit Kindern unter 16 Jahren vorläufig weder eingeleitet noch durchgeführt werden sollen.

[Weiterlesen ...](#)

„Friedhof Mittelmeer“

Laut Schätzungen des UNHCR nahmen 2014 weltweit rund 350.000 Menschen gefährliche Schiffsüberfahrten auf sich, um Krieg, Armut oder Verfolgung zu entkommen. Etwa 4.300 davon überlebten ihre Reise nicht. Somit zeichnet sich ein trauriger Rekord für das Jahr 2014 ab. Die gefährlichste und gleichzeitig am häufigsten genutzte Route der Welt war dabei das Mittelmeer: Von den geschätzten 207.000 Menschen, die 2014 die Überquerung wagten, kamen nach UNHCR-Angaben 3.419 Personen ums Leben. [Weiterlesen ...](#)

Angst vor dem Winter

Mit dem Wintereinbruch wird sich die Lage für Millionen Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak zusehends verschärfen. Es stehen nicht genügend Unterkünfte zur Verfügung und die bestehenden Zelte bieten ohne Isolierung und Heizmöglichkeiten keinen ausreichenden Schutz gegen die fallenden Temperaturen. Zudem haben 1,7 Millionen Syrer und Syrerinnen, die in die Nachbarländer ihrer Heimat geflohen sind, zeitweise keine Lebensmittelgutscheine vom Welternährungsprogramm der UN erhalten. [Weiterlesen ...](#)

38.000 weitere Aufnahmeplätze für syrische Flüchtlinge

Am 9. Dezember fand in Genf eine Konferenz des UN-Flüchtlingswerks UNHCR zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge durch Drittstaaten außerhalb des Nahen Ostens statt. Dort wurde beschlossen, dass über Resettlement- und andere Aufnahmeprogramme weitere 38.000 Aufnahmeplätze für syrische Flüchtlinge geschaffen werden sollen, zusätzlich zu den bereits vor der Konferenz zugesicherten 62.000 Plätzen. Angesichts der bis Anfang Dezember vom UNHCR registrierten 3,2 Millionen syrischen Flüchtlinge ist dies für verschiedene internationale Nichtregierungsorganisationen ein mehr als mageres Ergebnis. [Weiterlesen ...](#)

In aller Kürze

- Sehenswerte ZDF-Reportage über das Scheitern der Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland: - 13.11.2014
ZDF Zoom: [Chaos statt Konzepte](#) (Link zum Film in der ZDF-Mediathek)

- 19.11.2014 Presseerklärung PRO ASYL: **"25. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention am 20. November. PRO ASYL: Geplante Zwangsverteilungen von unbegleiteten Minderjährigen verletzen Kindeswohl. Zahlreiche Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland nicht umgesetzt"**

- 27.11.2014 **Obdachlos und ohne Geld: [Syrische Flüchtlinge hungern in Athen](#)**. Ein Bericht von Jürgen Weber (Konstanz, www.espressoblog.eu) Rund 200 syrische Flüchtlinge sind seit 24. November 2014 vor dem griechischen Parlamentsgebäude in Athen in den Hungerstreik getreten. Sie fordern Unterstützung durch die griechischen Behörden und die Weiterreise in andere Länder der Europäischen Union.

- **Ist das Betreten und Durchsuchen von Wohnungen bei der Abschiebung rechtmäßig?** Dieser Frage widmet sich ein Artikel von Prof. Dr. Stefan Zeitler in Ausgabe 10/2014 der Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR) [Weiterlesen ...](#)

Publikationen / Materialien

Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge erleichtert

In der Folge des von Ministerpräsident Kretschmann ausgehandelten „Asylkompromisses“ vom 19. September 2014 hat die Bundesregierung den Zugang zum Arbeitsmarkt für Personen mit Aufenthaltsgestattung und Duldung geändert. Seit Anfang November 2014 gelten folgende neue Regelungen: [Weiterlesen ...](#)

- Nov. 2014 Flüchtlingsrat BW: **[Informationsblatt Neue gesetzliche Regelungen beim Arbeitsmarktzugang von Personen mit Aufenthaltsgestattung und Duldung \(PDF\)](#)**

Neu erschienen: Netzwerk Bleiberecht Stuttgart-Tübingen-Pforzheim: **Informationsflyer für Flüchtlinge: Wie bekomme ich eine Arbeitserlaubnis?** [Flyer in Deutsch \[PDF\]](#) | [Flyer in Englisch \[PDF\]](#) | [Flyer in Französisch \[PDF\]](#) Gedruckte Exemplare können [hier](#) bestellt werden:

- **PRO ASYL: Flucht ohne Ankunft - Die Misere von international Schutzberechtigten in der EU.** Die Broschüre diskutiert die rechtliche Situation von international Schutzberechtigten Personen, die sich aufgrund inhumaner Aufnahmebedingungen oder aufgrund der Anwesenheit von Verwandten zur Weiterwanderung innerhalb der EU entschließen, dort aber in eine aufenthaltsrechtliche Notlage kommen. [Broschüre als PDF](#). Die Broschüre kann auch - solange Vorrat reicht - über die [Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats](#) bestellt werden. Oder direkt bei www.proasyl.de

Menschenrechtliche Verpflichtungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen

In einem aktuellen Policy-Paper hat das Deutsche Institut für Menschenrechte Empfehlungen an Länder, Kommunen und den Bund für eine verbesserte Unterbringung von Flüchtlingen vorgelegt.

- 08.12.2014 Deutsches Institut für Menschenrechte: [DIMR Policy Paper 26: „Menschenrechtliche Verpflichtungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen“ \(PDF\)](#)

Merkblatt für Dublin-Verfahren zur Ermittlung von individuellen Gründen gegen die Rücküberstellung

Das Diakonische Werk Kassel hat eine sehr nützliche Anleitung für die Erstellung von Falldokumentationen in Dublin-Verfahren herausgegeben. Nach dieser Anleitung können auch freiwillig in der Flüchtlingsarbeit Engagierte betroffenen Flüchtlingen dabei behilflich sein, im Dublin-Klageverfahren ausführlich darzulegen, was gegen eine Überstellung des/der Betroffenen in den angeblich zuständigen Mitgliedstaat spricht.

Nov. 2014 Diakonisches Werk Kassel: [Merkblatt für Dublin-Verfahren zur Ermittlung von individuellen Gründen gegen die Rücküberstellung \(PDF\)](#)

10. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Aydan Özoğuz, hat dem Deutschen Bundestag den über 700 Seiten starken [10. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland](#) vorgelegt.

3. AKTUELLE TERMINE

Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / Überregionale Tagungen etc.

Tagung "Zwischen Distanz und Nähe - Ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge"

Freitag, 9. Januar 2015 bis Samstag, 10. Januar 2015, Evangelische Akademie Bad-Boll

"Solidaritätszug" für Flüchtlinge in Ellwangen

Sa, 24.1.2015, Ellwangen, Start am Bahnhof, Kundgebung am Fuchseck um 15 Uhr

Rechtsextreme Gruppierungen aus dem Raum Ostalb haben Widerstand gegen die Einrichtung der Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Ellwangen angekündigt. Um dem entgegenzuwirken, ruft ein Bündnis aus Ellwanger Organisationen zu einem "Solidaritätszug" auf. Sobald die Details feststehen, wird dies auch hier veröffentlicht.

Plenumstagung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

Sa, 7.3.2015, 9.30 Uhr bis 17 Uhr, Friedensgemeindehaus, Schubartstr. 12, Stuttgart

Mit Mitgliederversammlung und Vorstandswahl. Näheres zum Programm und Anmeldemöglichkeit ab 15. Januar auf der Homepage des Flüchtlingsrats

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str. 57 - 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V. , GLS Bank, BLZ 430 609 67,

Kto. Nr. 70 07 11 89 01, IBAN: DE66 4306 0967 7007 1189 01, BIQ: GENODEM1GLS

Redaktion: Andreas Linder, Melanie Skiba. Redaktionelle Bearbeitung: Dr. Manfred Budzinski

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unserer Website unter <http://fluechtlingsrat-bw.de/e-mail-news.html>

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von: Förderverein PRO ASYL e.V., Europäischer Flüchtlingsfonds, Land Baden-Württemberg (Ministerium für Integration) im Rahmen des Projekts BIQ (Beratung-Information-Qualifizierung): www.biq.fluechtlingsrat-bw.de